

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Claudia Stamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Bernhard Pohl

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Karl Freller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Der Herr Ministerpräsident hat gebeten, ihm zu Beginn der heutigen Plenarsitzung gemäß § 177 Absatz 1 der Geschäftsordnung Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zu geben.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

"Bund-Länder-Finanzbeziehungen"

Hierzu erteile ich nunmehr dem Herrn Ministerpräsidenten **außerhalb der Tagesordnung** das Wort. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar nicht Gegenstand meiner Regierungserklärung, aber doch ein historisches Datum, sodass auch ich als Ministerpräsident des Freistaats Bayern unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm zu ihrem 40-jährigen Dienstjubiläum gratulieren möchte. Das ist ein sehr langer Weg gewesen, den wir zum großen Teil gemeinsam gegangen sind.

Sie führt ihr Amt als Landtagspräsidentin, wenn ich mir erlauben darf, dies zu sagen, mit einem hohen Maß an Fairness und Souveränität. Sie ist als Politikerin der Inbegriff der Mitmenschlichkeit in unserem Lande, gerade wenn es darum geht, Politik mit Rücksicht auf die kleinen Leute zu machen. Deshalb: Gratulation und der Wunsch, dass sie nicht dem Beispiel des Bundestagspräsidenten folgen möge. Alles Gute!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der letzte Freitag in Berlin war ein guter Tag für die deutsche Politik. Erstens hat der Bundesrat mit einer beachtlichen Mehrheit über die Parteigrenzen hinweg endgültig die Erbschaftsteuerreform verabschiedet. Das war wichtig, um zu vermeiden, dass ein Gericht, nämlich das Bundesverfassungsgericht, anstelle der Politik entscheidet. Das war auch wichtig, weil damit eine gute Botschaft verbunden ist: keine Steuererhöhungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Für diejenigen, die Betriebe übernehmen, fortführen und Arbeitsplätze erhalten, gibt es eine steuerliche Privilegierung. Das ist in unserem Allgemeininteresse. Es macht keinen Sinn, in der einen Woche darüber nachzudenken, wie wir Existenzgründer für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland bekommen, um in der nächsten Woche die gleichen mit höheren Steuern zu bestrafen. Insofern war das eine richtige Entscheidung des Bundesrates.

(Beifall bei der CSU)

Die zweite wichtige Entscheidung betraf den Länderfinanzausgleich. Man kann dazu sagen: Was lange währt, wird endlich gut. Zehn Jahre nach der Föderalismusreform haben wir nun auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu gestaltet. Das ist für diejenigen, die die Verhandlungen nur aus der Distanz verfolgen konnten, wichtig zu wissen. 16 Bundesländer und der Bund mit den beiden großen Koalitionsparteien, den beiden Regierungsfractionen, waren in der Endphase immer eingebunden und haben diesen Kompromiss nach einem ungewöhnlich harten Ringen einstimmig beschlossen. Es ist ein großer Erfolg für die politische Kultur in Deutschland, dass die Große Koalition gerade am Freitag durch die Verabschiedung von zwei bedeutsamen Vorhaben gezeigt hat: Diese Große Koalition ist in der Lage, auch große Probleme zu lösen und solche Themen anzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mit dieser Entscheidung auch einen bleibenden Erfolg für die Menschen in Bayern geschafft. Wir waren ja der eigentliche Motor und haben das Ganze angetrieben. Auch waren wir federführend bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich.

Vor dem Hintergrund der gleich folgenden Debatte darf ich sagen, dass es dem Freistaat gelungen ist, mit Vertretern aller politischen Lager Bündnisse zu schließen. Meine Hauptbündnispartner waren aus der SPD der Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, ein ungewöhnlicher Sachkenner dieser Materie, und mein Nachbar,

der in der Ministerpräsidentenkonferenz immer zu meiner Rechten sitzt, der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit ihnen und – eigentlich mit allen – mit Ausnahme der Bundesregierung; darauf komme ich gleich noch zu sprechen – zu 100 % in Übereinstimmung waren.

Worum geht es beim Länderfinanzausgleich? – Wir, die Bayerische Staatsregierung, kritisieren nicht – dies möchte ich deutlich sagen –, dass es in Deutschland einen Soliarausgleich gibt, sondern wir wollten die Schieflage verändern, die im Laufe der Jahre entstanden ist.

Auch wir haben bis zur Deutschen Einheit Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhalten. Wie sich die Schieflage entwickelt hat, mögen Sie den folgenden Zahlen entnehmen: Der Freistaat Bayern zahlt heute in zwei Jahren so viel, wie Bayern in der gesamten Nachkriegsgeschichte erhalten hat. Ich sage dies nur, damit man die Dimensionen einmal vergleichen kann. Wir zahlen heute 57 % des Länderfinanzausgleichs – das sind jährlich 5,5 Milliarden Euro –, haben aber in der gesamten Nachkriegsgeschichte, in all diesen Jahren zusammengenommen, lediglich 10,2 Milliarden Euro erhalten. Das ist unserer Bevölkerung nicht mehr vermittelbar. Deshalb war eine Änderung notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Diese Änderung kam zustande, weil die Politik unter schwierigen Rahmenbedingungen und in schwierigen Zeiten überall in Deutschland in der Lage war, parteiübergreifend zu handeln. Ich habe jetzt nicht das Anliegen, eine linke Regierung in Thüringen oder grüne Regierungen woanders zu loben, auch nicht unsere eigenen Regierungen. Aber dass es möglich ist, in unserem Vaterland in Verantwortung für das Ganze über die Parteigrenzen zu springen und politisch belastbare Vereinbarungen zu treffen, das erfüllt mich mit Stolz. Im Kern ist es eine Deutschlandkoalition, die am Freitag für das ganze Land gehandelt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das ist übrigens auch eine gute Prävention gegen radikale politische Kräfte und Weltverbesserer. Wir müssen handeln und dürfen uns das Handeln von Gerichten nicht aufdrängen lassen. Das war die Motivation.

Was wird sich beim zukünftigen Länderfinanzausgleich ändern? – Der Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form wird schlichtweg abgeschafft. Die Ausgleichsleistungen zwischen den Ländern und dem Bund werden künftig über die Umsatzsteuer-Verteilung vorgenommen. Künftig wird es somit im bayerischen Staatshaushalt keine Position mehr mit der Bezeichnung "Länderfinanzausgleich" geben. Künftig kann man dies nur noch an der Steuerverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ablesen. Im Rahmen der Steuerverteilung werden die Parameter derart gestaltet, dass der Ausgleich zwischen Stark und Schwach anders als in der Vergangenheit ausfallen wird.

Die andere strukturelle Veränderung ist mir noch wichtiger als die Größe der Entlastung. Das ist die Einführung eines niedrigen linearen Tarifs von 63 %. Das ist jetzt etwas erklärungsbedürftig. Von den Zahlerländern, zu denen wir gehören, werden künftig lediglich 63 % der überdurchschnittlichen Finanzkraft abgeschöpft und nicht mehr. Das war bisher anders. Seit den Vereinbarungen zum letzten Länderfinanzausgleich bis heute sind die Belastungen des Freistaats Bayern progressiv gestiegen. Künftig wird es einen linearen Tarif geben. Dieser lineare Tarif wird bei 63 % gedeckelt. Die überdurchschnittliche Finanzkraft, die darüber liegt, wird künftig nicht mehr ausgeglichen und abgeschöpft. Das ist ein ganz zentrales Anliegen, weil es Länder, die eine gute Wirtschafts- und Strukturpolitik machen, nicht bestraft, sondern belohnt.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat wird ab dem Jahr 2020 insgesamt dauerhaft um 1,3 Milliarden Euro im Jahr entlastet. Das war unser Anliegen. Dies wird die Zahlen im Jahr 2020 betreffen und nicht die heutigen Zahlen, die im Laufe der nächsten Jahre an Wert verlieren werden. Das ist die Bayern-Milliarde, von der ich immer gesprochen habe. Ich weiß nicht, ob Herr Pohl heute für die FREIEN WÄHLER spricht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja!)

Ich höre ihm wie immer sehr genau zu und weiß, wie Sie an diesem Pult einmal davon gesprochen haben, dass diese Milliarde eine ganz schöne Sache wäre.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwei Milliarden Euro!)

– Nein, eine Milliarde Euro.

(Allgemeine Heiterkeit)

Jetzt erhöht er die Summe plötzlich. Das ist aber nicht so wichtig. Hauptsache ist, wir haben Erfolg. Wir haben das durchgesetzt.

(Beifall bei der CSU)

In Rückkoppelung an meine Fraktion und das Kabinett möchte ich sagen: Ab dem Jahr 2020 haben wir die folgenden zehn Jahre zusätzlich 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir werden diese 13 Milliarden Euro nicht in den Konsum stecken und die Ausgaben aufblähen. Wir wollen stattdessen einen wesentlichen Teil dieser 13 Milliarden Euro in die Tilgung der alten Schulden stecken. Damit werden wir bombensicher mein politisches Versprechen, dass Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein wird, erfüllen. Wir sind damit das erste Land.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang haben wir im Parlament und in der Öffentlichkeit eine klare Botschaft an die junge Generation: Wir vererben den jungen Menschen keine Schulden, sondern Chancen für ihr Leben. Das ist Generationengerechtigkeit. Die Generationengerechtigkeit ist nach meiner tiefen Überzeugung – ich denke an die Rente und an die Schulden – die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Die Staatsregierung hält Kurs: Seit dem Jahr 2006 und damit zum 12. und 13. Mal gibt es keine Nettoneuverschuldung im allgemeinen Haushalt. Seit meiner Zusage im

Jahr 2012 haben wir begonnen, die Altschulden zu tilgen. Der Schuldenabbau beträgt derzeit insgesamt 4,6 Milliarden Euro. Diesen Kurs können wir durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs jetzt noch kraftvoller fortführen. Das ist ein zusätzlicher Markenkern bayerischer Politik. Zwar wird das in anderen Bundesländern zu Neidgefühlen führen, aber diese halten wir aus.

Wie war dieser Erfolg möglich? – Der Bund stellt künftig über 9,5 Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung. Dies erklärt auch, warum in der Endphase der Verhandlungen die beiden Bundestagsfraktionen mit ihren Fraktionsvorsitzenden und haushaltspolitischen Sprechern mitgewirkt haben, und zwar sehr kritisch. Das verstehe ich auch. Am Ende haben sie sich auf das Ländermodell eingelassen. Das war ein großer Fortschritt. Wie ist es möglich, dass die drei Zahlerländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen weniger bezahlen, unverschuldet strukturschwache Länder mehr Mittel erhalten und die neuen Länder nach dem Jahr 2019 nicht alleine gelassen werden? – Das ist nur möglich, wenn man die Wahrheit ausspricht: Wenn die Zahlerländer weniger bezahlen, muss der Bund dafür einspringen. Deshalb bin ich der Bundeskanzlerin, Bundesminister Dr. Schäuble und dem Vizekanzler Siegfried, nein: Sigmar Gabriel sehr dankbar. Er war ein tapferer Siegfried.

(Heiterkeit bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wir werden es ihm ausrichten!)

Er hat daran mitgewirkt. Das sollte man schon anerkennen. Wir wollten das, und wir haben hart dafür gekämpft. Manchmal hing der Erfolg am seidenen Faden. Aber der Bund hat uns die 9,5 Milliarden Euro auf der Grundlage des Ländermodells zugesagt. Dafür sollte man sich als bayerisches Parlament und Bayerische Staatsregierung bei den Hauptverhandlern bedanken, bei Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wichtig war auch das Bündnis der Länder – 16 : 0. Vieles davon ist im Rahmen von Zusammenkünften in München entstanden. Das war der Bundesregierung ein Dorn im

Auge: Ein 16 : 0-Länderbündnis kann doch nicht die Grundlage der deutschen Politik sein. Aber dieses Bündnis hat von der ersten bis zur letzten Minute gehalten. Der Bundesrat weist völlig unterschiedliche Mehrheiten auf. Niemand besitzt dort eine stabile Mehrheit. Aber mittlerweile sitzen alle wichtigen Parteien im Bundesrat, weil sie an den Länderregierungen beteiligt sind. Jedoch kann keiner für sich sagen: Ich habe diese politische Vorstellung und setze das im Bundesrat durch. Das ist weder uns noch der SPD oder anderen möglich. Deshalb haben wir offen darüber gesprochen und die Interessen der anderen berücksichtigt. Wir haben versucht, die Interessen untereinander auszugleichen.

Als Beispiel nenne ich die neuen Länder. In den Verhandlungen habe ich über die Strukturen der Länder etwas dazugelernt. Die niedrige Steuerkraft der neuen Länder im Vergleich zum Westen wird uns in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen. Ein Ministerpräsident hat mir gesagt, sein Land verfüge über eine Steuerkraft von 53 %. Ich könnte sagen: Das ist eure Angelegenheit. Aber ich kann mich auch für einen solidarischen Länderfinanzausgleich aussprechen, der diesen Umstand berücksichtigt. Die Bundesregierung war überrascht, dass der Freistaat Bayern nicht nur für sich selbst kämpfte, sondern auch das eine oder andere Interesse von Ländern, sofern sie unverschuldet in eine schwierige Lage geraten sind, berücksichtigt hat.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich über die strukturellen Veränderungen, die wir erzielt haben, und über das, was der Freistaat Bayern bekommt. Ich möchte aber auch betonen, dass wir immer das starke Argument gebracht haben: Es kann dem Freistaat Bayern auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch den neuen Ländern gut geht. Deshalb haben wir Interesse daran, dass sie berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es ist ein Schritt zur weiteren Stärkung der Glaubwürdigkeit der deutschen Finanzpolitik gegangen worden. Ich bin sehr froh darüber, dass auch der Bund mittlerweile einen ausgeglichenen Haushalt hat. Sie wissen, dass wir seit der Föderalismusreform einen

Stabilitätsrat haben. Dessen Kompetenzen werden gestärkt. Er überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse im Bund und in den Ländern. Es geht darum, dass auch die Länder, die sich in einer Konsolidierungsphase befinden bzw. die mit der Einhaltung der Schuldenbremse Probleme haben, ihre Hausaufgaben machen. Damit stärken wir das Vertrauen in die deutsche Finanzpolitik. Wir realisieren in Deutschland das, was wir von anderen Mitgliedsländern der EU verlangen, wenn sie in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Das heißt, wir stärken auch das Vertrauen in die deutsche Finanzpolitik insgesamt, wenn der Stabilitätsrat die Finanzpolitik von Bund und Ländern und die Einhaltung der Schuldenbremse intensiver kontrolliert.

Es freut mich auch, dass das Bundesprogramm zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dauerhaft fortgeführt wird. Sie wissen, dass es vor allem den Nahverkehr betrifft. Das GVFG wird uns bei der anstehenden abschließenden Entscheidung über die zweite Stammstrecke im Großraum München sehr helfen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Dazu brauchen wir dieses Gesetz. Ich bin froh, dass das Bundesprogramm im Zuge der anstehenden Änderungen des Grundgesetzes über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt wird.

Das sind große strategische Weichenstellungen, die nach sehr harten Verhandlungen erfolgt sind. Ich habe Verhandlungen in dieser Form noch nicht erlebt. Trotzdem hat das gute Verhältnis zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern keinen Schaden genommen; dies gilt jedenfalls für die Große Koalition. Es gehört zur Professionalität, dass man in der Lage ist, ohne persönliche Verletzungen Interessen hart wahrzunehmen.

Wir haben am Freitag noch ein Papier verabschiedet, das als Grundlage der weiteren Zusammenarbeit von Bund und Ländern dient. Es wird noch viel Arbeit zu leisten sein, um das Papier zu konkretisieren. Wenn Sie es lesen, stellen Sie fest: Dagegen ist ein Wahlprogramm eine Blüte an Konkretheit. Wir haben Absichten formuliert, die zwi-

schen den Chefs der Staatskanzleien und dem Chef des Bundeskanzleramtes gemeinsam mit den Fachministern zu konkretisieren sind. Das ist auch gut so.

Ich halte es für selbstverständlich, dass Bund und Länder angesichts der weiter wachsenden Bedeutung der Digitalisierung auf diesem Gebiet noch enger zusammenarbeiten.

Ich halte es für selbstverständlich, dass der Bund bereit ist, finanzschwachen Kommunen in Deutschland bei investiven Maßnahmen stärker zu helfen. Das entsprechende Bundesprogramm gibt es schon; es wird fortgeführt. Das, was ich vorhin für die neuen Bundesländer gesagt habe, gilt natürlich auch für die Gemeinden. Einige sind von der schwierigen Situation in den Bereichen Stahl, Werften und Kohle besonders betroffen und haben dementsprechend spezielle Probleme. Es ist gut, dass der Bund sein Programm fortführt und ausbaut.

Über einen Punkt wird bei uns wahrscheinlich intensiver diskutiert werden; das ist die Infrastrukturgesellschaft Verkehr. Das war ein großes Anliegen des Bundes. Ich darf darauf hinweisen, dass der Bund ein Junktim zwischen den Finanzleistungen und den strukturpolitischen Vereinbarungen hergestellt hat. Der Bund hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es zu den Grundgesetzänderungen zum Länderfinanzausgleich nur dann kommen wird, wenn die Strukturvereinbarungen – die Details müssen noch vereinbart werden – ebenfalls im Grundgesetz festgeschrieben werden. Insoweit ist noch viel zu leisten.

Im Zusammenhang mit der Infrastrukturgesellschaft Verkehr haben wir übereinstimmend vereinbart – auch der Bund hat zugestimmt; es geht hauptsächlich um die Bundesautobahnen –: Es gibt eine Garantie für die Beschäftigten, was den Arbeitsplatz, den Status und den Arbeitsort angeht. Dass sich die Bundesregierung bereit erklärt hat, auch Letzteres zu vereinbaren, hat mich etwas überrascht. Aber es ist ein gutes Signal für die Beschäftigten. Ich darf seitens der Bayerischen Staatsregierung unseren Beschäftigten versichern, dass wir dies – wie bei uns selbstverständlich – mit den Per-

sonalräten besprechen. Die Vereinbarung selbst muss innerhalb von Monaten erfolgen. Aber was deren Realisierung angeht, so bitte ich Sie schon heute, in Jahren zu denken. Wir brauchen sehr lange Übergangsfristen, damit die Dinge ohne Brüche vonstattengehen können.

Ich kann dem Bayerischen Landtag versichern: Es wird keine Rolle rückwärts geben. Alle Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, auch die Ministerpräsidenten aus der Zeit der Gründung des Freistaates Bayern – auch die SPD war beteiligt –, waren und sind glühende Verfechter, ja Patrioten des Föderalismus. Die Tatsache, dass wir heute einen starken Rechtsstaat mit einer stabilen Demokratie haben – sie ist so stabil wie nie zuvor in unserem Land –, ist auch auf das gute Zusammenspiel von Bund und Ländern im Rahmen des Föderalismus zurückzuführen. Das Prinzip lautet: Vielfalt in der Einheit.

Die Stabilität ist auch darauf zurückzuführen, dass die Länder immer Wert darauf gelegt haben, Luft zum Atmen zu haben. Die Kanzlerin hat in einer Haushaltsrede vor zehn Jahren gesagt: Wer die Leidenschaft Schulpolitik hat, der ist im Bundestag falsch aufgehoben. Die Schulpolitik ist den Landtagen zu Hause. – Wir dürfen nichts unternehmen, was diesen schönen Grundsatz durchbricht. Die Bildungspolitik muss nahe am Menschen sein. Die Landtagsabgeordneten sind nun einmal näher am Menschen.

(Beifall bei der CSU und Vertretern der Staatsregierung)

Ich versichere ausdrücklich: Es darf und es wird keine Rolle rückwärts geben im Sinne von mehr Zentralismus zu Lasten der Länderkompetenzen, auch wenn dieses Ansinnen in Berlin gelegentlich mit Finanzen versüßt oder schmackhaft gemacht wird; das ist der berühmte "goldene Zügel".

(Volkmar Halbleib (SPD): Den "goldenen Zügel" kennen wir in Bayern ja überhaupt nicht!)

Wir geben euch Geld für die Schulsanierung, aber ihr müsst dann Folgendes machen – solche Denkweisen sind uns in Bayern fremd, lieber Kollege Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

In den vergangenen Jahren habe ich mir hier von der Opposition viel darüber anhören dürfen, wie stümperhaft die Bayerische Staatsregierung bei diesem Thema angeblich vorgehe. Wir wurden dafür kritisiert, dass wir die Klage eingereicht haben. Uns wurde gesagt, es sei doch viel sinnvoller, wenn Menschen miteinander redeten und nicht gegeneinander klagten.

Angesichts dieser Kritik will ich heute feststellen: Unsere Strategie ist total aufgegangen. Wir haben die Klage eingereicht. Die Argumente unserer Klage haben in den Verhandlungen immer eine große Rolle gespielt. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, dass es ohne unsere Klage Verhandlungen in dieser Tiefe nicht gegeben hätte. Deshalb war es richtig, die Klage einzureichen und gleichzeitig Verhandlungen zu führen. Wenn all die Vereinbarungen im Bundesgesetzblatt stehen – so lange wollen wir schon warten –, dann wird der Freistaat Bayern die Klage zurückziehen. Ich betone: erst dann, wenn durch die Änderungen des Grundgesetzes alle Vereinbarungen abgesichert sind.

(Beifall bei der CSU und Vertretern der Staatsregierung)

Das ist, so glaube ich, der richtige Weg. Unser Ansatz, Klage und Verhandlungen miteinander zu verbinden, ist aufgegangen. Das Ergebnis kann jeder gewichten und beurteilen, wie er will. Entscheidend ist immer, was zustande kommt, und damit sind wir sehr zufrieden.

Es gab und gibt eine Menge an Finanztechnik zu regeln und an juristischer Detailarbeit zu leisten. Ich möchte deshalb auch allen danken, die hinter den Kulissen beteiligt waren, auch und gerade unseren Spitzenbeamten in der Staatskanzlei und im Finanz-

ministerium. Beim Risikostrukturausgleich der Krankenkassen galt immer der Grundsatz: Den kapierten nur zwei Leute. – Einer davon ist gestorben.

Was den Länderfinanzausgleich angeht, so gibt es mehrere, die sich darin auskennen. Sie alle, sowohl die Beamten aus dem bayerischen Finanzministerium als auch die Beamten aus der Bayerischen Staatskanzlei, waren für uns sehr hilfreich. Unsere Beamten waren in den Verhandlungen immer die gefragtesten Gesprächspartner. Bayern hat wieder einmal gezeigt: Wir können es! – Dafür möchte ich unseren Mitarbeitern herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Den Dank an den Finanzminister!)

– Was wollen Sie noch hören?

(Volkmar Halbleib (SPD): Den Dank an den Finanzminister haben Sie vergessen!)

– Markus, auf Aufforderung einen großen Dank an den Bayerischen Finanzminister! Da will ich auch nicht zurückstehen.

(Beifall bei der CSU)

– Ja, so sind wir.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Heute könnt ihr wieder etwas von uns lernen! – Dr. Paul Wengert (SPD): Mehr Demut bitte! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Wengert, machen Sie sich keine falschen Hoffnungen. Wir werden nach der nächsten Wahl wahrscheinlich auch ein paar Plätze bei Ihnen brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will es Ihnen nur erklären, Herr Halbleib; denn so etwas bekommt Füße, und dann weiß wieder jeder genau, wie es war: Ich glaube, ich habe Markus Söder heute schon im Kabinett gedankt, wenn ich mich recht erinnere. Wenn nicht, dann hole ich es jetzt nach.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sage aber nur: Macht euch keine falschen Hoffnungen. – Meinem Staatsverständnis wurde in den letzten Tagen jedenfalls entsprochen. Übrigens darf ich dem Parlament auch mitteilen, dass unter Führung der Kanzlerin und von Frau Bundesministerin Nahles jetzt das nächste große Projekt, nämlich die Rentenreform, in Angriff genommen wird. Da stellt sich die Frage, was wir in dieser Legislaturperiode noch leisten können, um die Rentenfrage aus dem Bundestagswahlkampf möglichst herauszuhalten. Ob das gelingt, werden wir sehen. Dabei geht es um mindestens so viel Geld wie bei dem Projekt, über das wir heute sprechen. Deshalb ist es gut, dass sich die Kanzlerin nach den Vereinbarungen über die Länderfinanzausgleichsleistungen entschieden hat, die Verhandlungen über die Rentenreform selbst zu führen und zu moderieren. Damit steigt natürlich die Chance, dass wir uns verständigen, enorm. So geht es jetzt weiter. Macht euch also keine falschen Hoffnungen!

Mein Staatsverständnis ist erfüllt. Mit dem, was wir jetzt gemacht haben, realisieren wir Einheit in Vielfalt. Wir bekennen uns klar zum Föderalismus und gegen den Zentralismus. Wir haben unsere Liebe zu Weiß-Blau, aber auch unsere Treue zu Schwarz-Rot-Gold eingebracht. Das ist unser Auftrag, und den haben wir erfüllt. Für unsere Bevölkerung haben wir einen bleibenden Erfolg erzielt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für diesen erfreulichen Bericht. – Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf eine Gesamtredezeit von 108 Minuten verständigt, die sich wie folgt auf die Fraktionen

verteilt: CSU 36 Minuten, SPD 27 Minuten, FREIE WÄHLER UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 22,5 Minuten.

Das Wort hat zunächst Herr Kollege Rinderspacher von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst den würdigen Worten von Vizepräsident Bocklet anschließen und Barbara Stamm zu Ihrem 40-jährigen Bühnenjubiläum im Bayerischen Landtag sehr herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall – Volkmar Halbleib (SPD): Eine schöne Bühne!)

Frau Stamm, wir danken Ihnen für die gute Zusammenarbeit. Wir danken Ihnen für die heutige Einladung, und wir wünschen Ihnen als unserer Parlamentspräsidentin weiterhin gute Nerven, viel Energie in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und den Fraktionen, Gesundheit, Glück und Erfolg. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Gute Nachrichten gibt es auch wieder einmal von den FREIEN WÄHLERN. Wir gratulieren sehr herzlich Hubert Aiwanger und seiner Frau Tanja zur Geburt des Sohnes Adrian. Viel Glück und Gottes Segen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, bitte richten Sie unsere besten Grüße aus.

(Allgemeiner Beifall)

Tatsächlich haben Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Kontext heute eine richtige Wohlfühlrede gehalten. Sie sprachen von der Deutschland-Koalition, von der Handlungsfähigkeit der Großen Koalition. Sie haben sogar uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder zum Applaus gezwungen, als Sie Sigmar Gabriel, Andrea Nahles oder Olaf Scholz gewürdigt haben. Sie sprachen von der guten Zusammenarbeit, von den gemeinsam erreichten Zielen, von Ihrem Staatsverständnis

vom Föderalismus, von Ihrer Liebe zu Weiß-Blau und Ihrer Treue zu Schwarz-Rot-Gold. Eine wunderbare Wohlfühlrede!

Dennoch möchte ich es mir und Ihnen und auch aus Respekt vor der 1.170. Plenarsitzung von Frau Stamm nicht so leicht machen, indem ich diesen Wohlfühlkanon jetzt in jeglicher Hinsicht übernehme.

(Zuruf von der CSU: Schade!)

Ja, wir freuen uns, dass der Bund 9,5 Milliarden Euro jedes Jahr zur Entlastung der Länder trägt. Es ist ein gutes Zeichen für den Föderalismus, dass alle 16 Bundesländer künftig entlastet werden. Darüber können wir uns freuen. Die Solidarität zwischen den Bundesländern hat zuletzt funktioniert, insbesondere seit die Entsolidarisierung, ausgelöst durch die Klage des Freistaates Bayern, der CSU und Hessens, ein Stück weit zurückgefahren wurde, seit man wieder in Kontakt miteinander trat, seit man Gespräche führte, seit man gut kooperierte und am Ende so zusammenarbeitete, wie es Herr Seehofer heute in seiner Wohlfühlrede im Bayerischen Landtag dargestellt hat.

Dennoch lohnt sich auch ein ganz akkurater Blick auf die Entwicklungen, erstens weil es um Zahlen geht, und zweitens weil Herr Seehofer schon zum zweiten Mal in seinem Leben einem Länderfinanzausgleich zustimmt und ihn beschließt. Im Sommer 2001 hatte der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer – übrigens auch Frau Aigner, Frau Hasselfeldt, Peter Ramsauer und andere CSU-Abgeordnete – dem jetzt noch aktuellen Länderfinanzausgleich zugestimmt, einem Gesetz, von dem er später behauptete, es sei bayernfeindlich und verfassungswidrig und gereiche zum Nachteil des Freistaats, zum Nachteil des bayerischen Steuerzahlers, zum Nachteil der in Bayern lebenden Menschen und zum Nachteil unserer Heimat. Deshalb: Vorsicht ist die Mutter der Porzellanliste! Wenn jemand Gesetze beschließt, um sie kurz darauf infrage zu stellen und zu bekämpfen, dann ist eine gewisse Grundskepsis angebracht, wenn er zum gleichen Thema eine neuerliche Einschätzung abgibt.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich stellt sich heute die Frage, ob sich im Bayerischen Landtag die Geschichte wiederholt. Der damalige CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Edmund Stoiber hat den Länderfinanzausgleich im Jahr 2001 ausgehandelt und ihn in einer im Landtag anberaumten Regierungserklärung als wegweisend für den Föderalismus gefeiert.

(Hans Herold (CSU): Vor 15 Jahren!)

Dr. Stoiber feierte den von ihm maßgeblich ausgehandelten Länderfinanzausgleich als bedeutsam für den Föderalismus. Ähnliche Worte haben wir heute von Herrn Seehofer gehört. Stoiber sprach damals von einem guten Datum für Bayern und für Deutschland. Die Wortwahl von Herrn Stoiber war in vielen Teilen fast identisch mit der heutigen Rede von Herrn Seehofer. Stoiber sagte damals, er sei froh darüber, dass wichtige bayerische Positionen bei diesen Verhandlungen überzeugt und Eingang in die Ergebnisse gefunden hätten; die Arbeit und die Politik der Staatsregierung hätten sich als erfolgreich erwiesen; Bayern habe etwas bewegt und sei dort gelandet, wo es hinwollte. Wenige Jahre später polemisierte genau seine Partei gegen diesen Länderfinanzausgleich, den die CSU selbst beschlossen hatte, und bezeichnete ihn als verfassungsfeindlich und bayernfeindlich. Wiederholt sich hier heute Geschichte?

(Peter Winter (CSU): Das ist Vergangenheit!)

Zelebriert sich heute abermals ein CSU-Ministerpräsident für einen Länderfinanzausgleich, gegen den seine Nachfolger womöglich schon in wenigen Jahren wieder Front machen werden mit der Argumentation, er sei bayernschädlich; man müsse gegen diesen Länderfinanzausgleich in Karlsruhe klagen?

(Peter Winter (CSU): Wir müssen in die Zukunft schauen!)

Ich wage die Prognose, meine Damen und Herren, dass die großen Lettern der heutigen Ansprache schon in wenigen Jahren noch nicht einmal mehr im Kleingedruckten von CSU-Positionspapieren vorkommen werden. Keiner von Ihnen wird aus dieser Rede in fünf bis zehn Jahren mehr zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens wenn der Länderfinanzausgleich – es gibt noch Mechanismen des Ausgleichs zwischen den Ländern – weitere schmerzhaft hohe Grenzen überschreitet, werden sich die ersten CSU-Politiker nicht mehr daran erinnern, dass sie am 18. Oktober 2016 genau diesem Länderfinanzausgleich in großen, leuchtenden Buchstaben gehuldigt und ihn gelobt und gepriesen haben; denn eines steht schon heute fest: Die Zahlungen des Freistaates Bayern werden weiter anwachsen. Ja, für die Umsatzsteuerverteilung gelten neue Parameter, und mit dem linearen Tarif von 63 % ist die bisherige Dynamik im Länderfinanzausgleich auf zwei Drittel reduziert. Es wird nicht mehr so sein, dass sich die Zahlungen Bayerns innerhalb von sechs Jahren von zweieinhalb auf über fünf Milliarden verdoppeln.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Aber es gibt noch eine Dynamik. Diese Dynamik wird definitiv auch den Freistaat Bayern ab 2020 weiter belasten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn wir weiter so stark bleiben, können wir doch stolz sein! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Deshalb zahlen wir ja auch so gerne!)

Herr Ministerpräsident, es wäre überraschend, wenn Berlin innerhalb von fünf Jahren so dramatisch aufholen würde. Sie haben richtig geschildert, dass es da gewaltige Unterschiede gibt. Die will niemand infrage stellen, und es kann auch niemand ernsthaft erwarten, dass ein Bundesland diese Unterschiede innerhalb kürzester Zeit aufholt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn wir weiter so stark bleiben, ist das doch etwas Gutes für uns!)

– Wenn Sie das heute so sehen, ist das in Ordnung. Ich wäre überrascht gewesen, wenn Sie vor zwei oder drei Jahren, als Sie in bayerischen Bierzelten den Länderfinanzausgleich polemisiert hatten, einmal vor das Publikum getreten wären und gesagt

hätten, Sie seien stolz darauf, dass wir so stark sind, und deshalb zahlen wir auch gern.

(Beifall bei der SPD)

Das sind ganz neue Töne von der CSU und von Horst Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Einsparungen für Bayern, gemessen an den Ankündigungen, vergleichsweise bescheiden und überschaubar sind, ergibt sich aus den nüchternen Zahlen. Zieht man heute eine erste Bilanz gegenüber dem alten System aus Umsatzsteuer, Vorwegausgleich und Länderfinanzausgleich, so stellt sich Bayern auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung um 1,35 Milliarden Euro besser. Das ist ein bescheidenes Glück des mathematischen Augenblicks, das man durchaus auch erfreut zur Kenntnis nehmen kann. Aber es ist natürlich – so viel Wasser muss ich nun doch in den Wein gießen – weit weniger als die von der Staatsregierung anfangs geforderte Halbierung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich.

Sie haben heute Ihren Finanzminister auf Aufforderung von Herrn Halbleib noch einmal gedankt. Aber ich darf daran erinnern, dass Herr Söder noch im Jahre 2014 gesagt hat, wir werden einem neuen Länderfinanzausgleich nur zustimmen, wenn sich unser Beitrag halbiert.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das ist mitnichten der Fall, und das behauptet auch heute niemand mehr in Ihren Reihen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Schaut man sich das neue Ausgleichssystem zwischen den Ländern genauer an, stellt man fest, dass im Übrigen die gegenwärtigen Zahlerländer auch die zukünftigen und neuen Zahlerländer sind. Es war immer eine fundamentale Kritik in den Bierzelten, wo

die CSU die Redner gestellt hat, dass es doch nicht solidarisch sein könne, wenn ausschließlich vier Länder für zwölf weitere Länder im Kern aufkämen und damit der Ausgleich finanziert werde. Das ändert sich nicht. Bayern bleibt mit riesigem Abstand Zahler Nummer eins und wird nach wie vor über die Hälfte der gesamten Ausgleichslasten zu tragen haben. Das gehört zu einer wahrheitsliebenden Regierungserklärung dazu.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt erst ein Jahr zurück, da traten Herr Seehofer und Herr Söder in bayerischen Bierzelten vor die Öffentlichkeit mit der Feststellung, Bayern zahle mehr als die Hälfte, mehr als 50 % in den Länderfinanzausgleich ein. Sie sprachen heute von fast 57 %.

Schauen wir uns die Neuerungen an: Bayern soll nach der Umsatzsteuer 8,3 Milliarden Euro abgeben. Das entspricht tatsächlich nicht mehr 56,6 % wie heute, sondern 51,5 % des gesamten Ausgleichsvolumens zwischen den Ländern. Da hat Herr Seehofer etwas erreicht.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch gut so!)

– Das will auch niemand in Zweifel ziehen. Der Freistaat Bayern zahlt nicht mehr 56,6 % in den Ausgleich für die anderen Länder, sondern nur noch 51,5 % im Jahre 2020. Das Volumen wird, wie der Herr Ministerpräsident selbst sagte, in den Jahren 2021, 2022, 2023 und folgende weiter anwachsen. Werden Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dann noch so sprechen wie Herr Seehofer heute? Oder werden sich dann die ersten Kollegen in Ihren Reihen entsolidarisieren? – Fazit: Der Freistaat Bayern bleibt mit großem Abstand Zahler Nummer eins.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Weil wir die Stärksten sind!)

Erfreulich ist – das möchte ich gerne hinzufügen –: Alle Bundesländer werden gegenüber dem heutigen Status quo entlastet. Die Länder haben sich zusammengerauft und gut zusammengearbeitet und damit dem Bund vieles abgetrotzt. Aber wie sieht denn die Entlastung der Länder im Detail aus? Sie haben über Jahre hinweg in diesem

Hohen Haus davon gesprochen, dass der Freistaat Bayern, weil er die größte Summe trägt, die stärkste Entlastung haben müsste. Weil wir mit Abstand am meisten in den Länderfinanzausgleich eingezahlt hätten, müssten wir logischerweise auch am stärksten entlastet werden. Im Übrigen bauten Sie darauf auch Ihre Klage in Karlsruhe auf.

Schauen wir uns einmal genau an, meine Damen und Herren, wie die Länder nun pro Kopf und pro Bundesland konkret entlastet werden: Bayern als weiterhin stärkstes Zahlerland soll ab 2020 pro Kopf mit 106 Euro entlastet werden. Das ist in Ordnung. 106 Euro, das ist ein Wort. Darüber wollen wir nicht hinwegsehen. Aber das ist exakt der Durchschnitt aller Bundesländer; nicht ein Euro mehr, auch nicht ein Euro weniger.

Berlin, das in zahlreichen Bierzeltreden so ein bisschen als Zerrbild erhalten musste, auch mit dem Argument, dass ausgerechnet die Berliner mit ihrem Flughafen bayerrische Steuergelder abgreifen, hat eine deutlich höhere Entlastung von 142 Euro pro Kopf zu erwarten. In Sachsen sind es 189 Euro pro Kopf, in Sachsen-Anhalt 202 Euro, in Thüringen 219 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern 229 Euro pro Kopf!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das sind alles Ostländer!)

Herr Ministerpräsident, nichts für ungut. Wenn der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei in dieser Woche vor sein thüringisches Parlament tritt und sagt, ich habe zwar aus Thüringen heraus niemals mit einer Klage in Karlsruhe gedroht, aber als Ministerpräsident und Mitglied der Linkspartei habe ich mehr als doppelt so viel Entlastung für unser Land herausgeholt wie Herr Seehofer, dann hat er recht. Das gehört zur Gesamtdarstellung auch dazu, Herr Ministerpräsident; das sollten Sie dem Hohen Hause nicht verschweigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen es im Übrigen durchaus kritisch, dass die Zahlungen künftig nicht mehr wie beim gegenwärtigen Finanzausgleich im Staatshaushalt ausgewiesen werden sollen, wie es auch beim gegenwärtigen Umsatzsteuervorwegausgleich nicht der Fall ist. Das

heißt, es wird im Staatshaushalt nicht nachzuprüfen sein, wie sich die Zahlungen Bayerns in den Jahren 2020 ff. entwickeln werden. Dabei wäre das dringend geboten, wenn man das weiß, was ich eben dargestellt habe, dass nämlich Bayern nach dem neuen System gegen eine Dynamik der Zahlungen nicht abgesichert ist, wodurch die bayerischen Verluste bei der Umsatzsteuer deutlich ansteigen werden und Bayern seine Position als Nettozahler Jahr für Jahr ausbauen wird.

Zur Gesamtbewertung gehört auch, dass die Bundesländer weitere Kompetenzen an den Bund abgeben werden. Bei der Verantwortung für den Autobahnausbau kann man das kritisch diskutieren. Wir werden das hier im Bayerischen Landtag auch tun. Da sind noch viele Punkte offen.

Stürmisch begrüßen wir, dass der Bund künftig die Gemeinden direkt unterstützen darf, beispielsweise bei der Sanierung von Schulen. Das verbietet das Grundgesetz bisher. Das Kooperationsverbot, an dem zuletzt nur noch die CSU in Bayern über viele Jahre hinweg festgehalten hat, war ein politischer Fehler. Nun kann es aufgebrochen werden. Damit kann gezielt in schulische Bildung investiert werden. Die Länder bleiben verantwortlich für schulische Inhalte, aber Bund, Länder und Kommunen können nun bei der Finanzierung an einem Strang ziehen. Das ist ein echter Durchbruch, den wir als SPD begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich geht unser ernst gemeinter Dank an Sie, Herr Ministerpräsident, und an die Bayerische Staatsregierung, dass Sie dieses Thema abgeräumt haben und bereit waren, sich von dieser Position zu verabschieden.

Sie sprachen den schuldenfreien Haushalt bis zum Jahr 2030 an und waren sich dabei bombensicher; er werde kommen. Ich bin sehr gespannt, Herr Ministerpräsident; denn bis 2018 sind die Ausgabenpfade der Staatsregierung bereits festgelegt. Wenn der Freistaat Bayern dieses Ziel bis 2030 erreichen will, dann müssen Sie jedes Jahr im Jahresschnitt 2,3 Milliarden Euro tilgen. Das ist fast fünfmal so viel wie jeweils in

2017 und 2018. Ich habe den Eindruck, davon sind Sie gegenwärtig sehr weit entfernt. Selbst wenn Sie die 1,35 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich mit einbezögen, würden Sie das Ziel immer noch nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Abschluss meiner Einlassungen noch eine ganz andere Frage aufwerfen, Herr Ministerpräsident; auch das gehört hierher, ins Hohe Haus. Sie haben einer Tageszeitung gegenüber verkündet, dass Sie ab 2017 kürzer treten und eines Ihrer Ämter abgeben wollen. Möglicherweise werden Sie dann für vieles von dem, worüber wir heute diskutieren, gar nicht mehr zuständig sein. Sie kündigten an, das Amt als Parteichef der CSU – das geht uns nichts an – oder das des Ministerpräsidenten abzugeben. Und da wird es dann schon spannend.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das habe ich nicht gesagt!)

– Natürlich haben Sie es so gesagt; Sie haben es ja auch nicht dementiert.

Nun nehmen wir mit Interesse zur Kenntnis, dass die CSU einen – so nennen Sie es – fähigen Libero in Berlin benötigt, was nichts anderes heißt, als dass Frau Hasselfeldt und Herr Dobrindt – letzterer ist immerhin schon mal Ihr General gewesen – keinen ganz so guten Job machen und ihre Libero-Funktion offenbar nicht ausfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre parteipolitischen, innerparteilichen Spielchen und Machtkämpfchen mit Herrn Söder und anderen sollen heute aber gar nicht das Thema sein. Sie haben jedoch angekündigt, gegebenenfalls Ihr Amt als Ministerpräsident aufzugeben, damit sich die CSU in Berlin parteipolitisch besser aufstellt. Wenn Sie hier schon Rechenschaft ablegen wollen, sind Sie dem Hohen Hause meiner Meinung nach dann auch die Antworten auf folgende Fragen schuldig:

Was hat Sie dazu bewogen, Ihr Amt als Ministerpräsident zur Disposition zu stellen? Wenn Sie schon im kommenden Jahr – 2017 liegt ja gewissermaßen vor der Haustür – tatsächlich als Ministerpräsident zurücktreten wollen und dieses Amt zur Disposition stellen, welche der von Ihnen gegebenen Versprechen für Bayern werden noch umgesetzt? Welche Projekte werden auf die lange Bank geschoben und in dieser Legislaturperiode eben nicht mehr umgesetzt? Wird hier gerade ein Wortbruch vorbereitet? – Der Ministerpräsident hat seinerzeit gesagt, er bleibe bis 2018 im Amt; wenn überhaupt, könne man gegebenenfalls aus gesundheitlichen Gründen vorher zurücktreten, aber doch nicht, um der eigenen Partei einen Wettbewerbsvorteil in Berlin zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir hätten Ihre Regierungserklärung vor zwei Wochen möglicherweise mit weniger Nachsicht bewertet, wenn wir geahnt hätten, dass Sie bereits auf dem Absprung sind.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nachsicht!)

Wir haben hier einen Ministerpräsidenten auf Abruf, dessen Gedanken sich mit einem Comeback in Berlin befassen, womöglich als heimlicher Oppositionsführer der kleinsten Partei in einem Sieben-Parteien-Parlament. Darum geht es doch; das hat Herr Seehofer der Presse verkündet.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es hätte hier und heute zum Respekt gegenüber dem Hohen Haus gehört, nicht nur die Medien mit Material zu füttern und so Schlagzeilen zu machen, sondern auch dem Parlament Rechenschaft darüber abzulegen, dass Sie womöglich vorzeitig als Ministerpräsident zurücktreten werden, vielleicht schon in wenigen Monaten. Diese Chance haben Sie heute verpasst.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Thomas Kreuzer, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Rinderspacher, wir alle wissen, dass Sie und Ihre Fraktion bei diesem Thema noch nie echten bayerischen Patriotismus gezeigt haben.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Sie waren immer hin- und hergerissen, ob Sie uns in dem Bemühen unterstützen, die Situation für Bayern und die Menschen hier zu verbessern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben Anträge gestellt; die haben Sie abgelehnt!)

– Ach, Herr Halbleib, noch keine drei Sätze und schon die ersten Zwischenrufe. Sie sind zu Recht nervös, Herr Halbleib.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich hoffe, dass ich mich trotzdem äußern kann. Sie waren immer hin- und hergerissen, einerseits dieses Anliegen zu unterstützen und andererseits auf die parteipolitische Linie der SPD einzuschwenken.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie doch die Anträge nach, Herr Kollege Kreuzer!)

Das ist ganz allgemein Ihr Problem. Bei Ihnen stehen oft nicht die bayerischen Interessen im Vordergrund, sondern parteipolitische Interessen, die über Bayern hinausgehen.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem hätte ich mir heute etwas mehr Anerkennung, etwas mehr Lob für das erwartet, was beim Länderfinanzausgleich für Bayern erreicht worden ist, Herr Rinderspacher. 1,3 Milliarden Euro Entlastung für Bayern pro Jahr – das ist ein toller Erfolg. Ich kenne keinen Ministerpräsidenten, der jemals mit einer solchen Entlastung für Bayern aus Berlin zurückgekehrt ist. Dafür danken wir gemeinsam mit den Menschen in Bayern unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer.

(Beifall bei der CSU)

Die Einigung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vom letzten Freitag bedeutet ohne jeden Zweifel einen großen Erfolg – nicht nur für Bayern, sondern für das ganze Land. Die Länder haben sich mit ihrem Finanzausgleichsmodell vom Dezember 2015, das im Wesentlichen unverändert geblieben ist, gegenüber dem Bund durchgesetzt. Die Staatsregierung hat dafür lange und hart gearbeitet. Die Opposition in Bayern hingegen war immer nur damit beschäftigt, vor klaren Forderungen und einer harten Verhandlungslinie zu warnen und die Klage Bayerns vor dem Bundesverfassungsgericht zu bekämpfen. Das ist die Wahrheit.

(Zurufe: Das stimmt doch gar nicht! Ganz im Gegenteil!)

Wir müssen ganz klar zur Kenntnis nehmen, dass Ministerpräsident Seehofer diese Gespräche überhaupt erst angestoßen hat und dass auch schon vor Klageeinreichung beim Bundesverfassungsgericht verhandelt wurde, und zwar über viele Runden, wobei sich nichts, aber auch gar nichts bewegt hat. Deswegen war diese Klage Voraussetzung, um überhaupt Bewegung in die Gespräche zu bringen. Es war richtig, zusammen mit anderen Ländern vorzugehen, auch mit Hessen; ansonsten wären wir heute noch keinen Schritt weiter.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben von Anfang an ganz klar gefordert, dass der aktuelle Länderfinanzausgleich reformiert werden muss, und wir haben uns durchgesetzt. Die Zahlungen in den Län-

derfinanzausgleich sind inzwischen der größte Einzelposten bei den Ausgaben im bayerischen Staatshaushalt. Jahr für Jahr gab es neue Rekordzahlungen Bayerns im Länderfinanzausgleich. 2015 hat Bayern mit rund 5,4 Milliarden Euro über die Hälfte des gesamten Ausgleichsvolumens getragen. Zusammen mit dem Umsatzsteuervorwegausgleich, der so ebenfalls nicht mehr stattfindet, lag die Belastung Bayerns durch den Länderfinanzausgleich im Jahr 2015 sogar bei insgesamt 7,5 Milliarden Euro. Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sind insgesamt 12,4 Milliarden Euro für Zahlungen in den Länderfinanzausgleich vorgesehen, und zwar ohne den Umsatzsteuervorwegausgleich.

Das macht rund 11 % des gesamten Haushaltsvolumens aus. Deshalb war es wichtig, diese Dynamik zu begrenzen. Das ist auch gelungen. Mit dem deutlich reduzierten linearen Ausgleichstarif von 63 % wird zugunsten der Geberländer und somit zugunsten Bayerns eine wirksame Deckelung eingeführt und so der Freistaat dauerhaft entlastet.

Sie haben heute vorgerechnet, wie viel die momentane Einigung an Entlastung pro Kopf der Bevölkerung bringt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das ist sicher ein Vergleichsmaßstab, den man zugrunde legen muss; das Entscheidende ist jedoch, wie sich die Dinge in der Zukunft entwickeln. Die Dynamik, wie sie sich bisher entwickelt hat, kann durch dieses neue System gebrochen werden.

Wenn Sie die Zahlen so nebeneinander stellen, dürfen Sie im Übrigen nicht vergessen, dass es auch noch die Ostländer gibt, und zwar mit einer ganz niedrigen Steuerkraft. Der Bund zahlt 9,5 Milliarden Euro. Da ist nicht verwunderlich, dass er den Ländern mit niedriger Steuerkraft mehr zukommen lässt. Für uns ist jedoch entscheidend, dass auch wir entlastet werden und dass wir in Zukunft, weil wir eben die Dynamik gebrochen haben, im Falle einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr in gleichem Maß belastet werden. Das ist doch der springende Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist nicht damit geholfen, dass die Opposition gedanklich im Jahr 2001 stehen geblieben ist und sich noch immer an der Zustimmung Edmund Stoibers zum damaligen Verhandlungsergebnis beim Länderfinanzausgleich abarbeitet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sprechen uns wieder in 15 Jahren!)

Wir müssen natürlich zwei Punkte sehen: Erstens. Ohne die Änderung des Finanzausgleichs im Jahr 2001 müsste der Freistaat Bayern heute noch wesentlich mehr Geld in den Länderfinanzausgleich zahlen als jetzt. Damals haben wir eine objektive Verbesserung erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir müssen auch sehen, dass sich die Situation sehr stark verändert hat. Die Finanzkraft der Länder hat sich drastisch auseinanderentwickelt. Sie haben heute gesagt, Bayern würde auch in Zukunft der Zahler Nummer eins sein. Das heißt mit anderen Worten: Bayern wird mit einer soliden Politik weiterhin stark bleiben, und die anderen Länder, die hauptsächlich rot-grün-regiert sind, werden schwach bleiben. Herr Kollege Rinderspacher, das hätten Sie sagen müssen, dann hätte ich Ihnen recht gegeben. Genauso wird es kommen. Deswegen werden wir auch weiterhin zahlen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Niemand konnte vorhersehen, dass sich die Finanzkraft der Länder so drastisch auseinanderentwickeln würde. In Bayern ist das Bruttoinlandsprodukt nun einmal seit dem Ende der Finanzkrise im Jahr 2010 am stärksten gestiegen. Nordrhein-Westfalen hat es dagegen im Jahr 2015 als einziges Bundesland geschafft, trotz hervorragender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein Nullwachstum hinzulegen. Herr Rinderspacher, das ist ein Ergebnis der unterschiedlichen Politik in den Ländern. Trotz

aller strukturellen Unterschiede zeigt sich hier wiederum, dass es eben nicht egal ist, wer regiert und wer die Wirtschaftspolitik in einem Land betreibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen ganz offen: Dies macht mir natürlich Sorgen. Der Länderfinanzausgleich ist nur eine Seite der Medaille. Niemand zahlt gern zu hohe Summen. Bedenklicher dabei ist jedoch, was hinter dieser Entwicklung steht, nämlich dass sich die Länder sehr massiv auseinanderentwickeln. Offensichtlich ist in gewissen Teilen der Bundesrepublik, auch bedingt durch politische Entscheidungen, nur noch ein minimales Wachstum gegeben. Diese Länder können ihre Aufgaben nicht mehr finanzieren. In diesem Jahr nimmt das Land Nordrhein-Westfalen wiederum fast zwei Milliarden Euro an neuen Schulden auf, trotz Rekordsteuereinnahmen. Dadurch wird dieses Land in Zukunft belastet.

Diese Entwicklung ist für Bayern und für die Menschen, die hier leben, nicht gut. Die anderen Bundesländer sind unsere Handels- und Wirtschaftspartner. Wir wollen mit den anderen Bundesländern Handel treiben und ihnen unsere Produkte verkaufen. Deswegen ist diese Entwicklung unerfreulich. Außerdem werden diese Länder ihre Staatsaufgaben nicht erfüllen und sich nicht an der Finanzierung beteiligen können, da sie eine miserable Steuerkraft haben. Deshalb kann ich nur hoffen, dass in diesen Ländern politische Entscheidungen getroffen werden, die die Abstände nicht immer noch größer werden lassen; denn das wäre schlecht für das ganze Land und schlecht für Bayern. Herr Rinderspacher, diese Probleme sind in erheblichem Umfang politisch bedingt.

Im Jahr 2005 gab es noch fünf Geberländer mit rund 50 Millionen Einwohnern, die den Ausgleich für die restlichen 30 Millionen Einwohner geschultert haben. In den letzten Jahren hatten wir nur noch drei Geberländer mit etwa 30 Millionen Einwohnern, die den Ausgleich für etwa 50 Millionen Einwohner schulterten. Fest steht aber auch, dass Bayern ohne die damalige Reform des Länderfinanzausgleichs noch wesentlich

schlechter dastehen würde. Die jetzt gefundene Einigung liegt nicht nur im Interesse Bayerns; sie liegt auch im gesamtstaatlichen Interesse. Auch die übrigen Geberländer, wie etwa Baden-Württemberg, werden durch die Reform deutlich entlastet. Die Nehmerländer stehen durch diese Reform nicht schlechter, sondern häufig sogar besser da. So erhalten beispielsweise Bremen und das Saarland mehr Geld, um die Zinsen für ihre hohen Altschulden bezahlen zu können. Schließlich ist der durchschnittliche Bremer stärker verschuldet als der durchschnittliche Grieche, allerdings nicht deswegen, weil die CDU in Bremen zu lange regiert hätte. Das sind erschreckende Zahlen.

Die Stadtstaaten konnten den Ausgleich für die Mehrbelastungen gegenüber den Flächenländern verteidigen. Die ostdeutschen Staaten profitieren besonders vom höheren Anteil an der Umsatzsteuer und von den Bundeszuweisungen. Diese Regelung ist angesichts ihrer schlechteren Steuerkraft richtig. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Schere bei der Finanzkraft innerhalb Deutschlands nicht immer noch weiter auseinandergeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der tiefgreifenden Differenzen zwischen Geber- und Nehmerländern und der völlig unterschiedlichen Interessenlagen ist diese Einigung eigentlich eine Quadratur des Kreises. Diese Quadratur des Kreises ist aber gelungen. Bayern hat dabei seine wichtigsten Ziele erreicht. Kern der Reform ist die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs in seiner heutigen Form. Mit der Zusammenlegung der zwei Stufen des Länderfinanzausgleichs wird das Ausgleichssystem einfacher, transparenter und auch gerechter. Ab dem Jahr 2020 wird es nur noch ein Ausgleichssystem geben.

Der erzielte Kompromiss sieht vor, dass der Bund den Ländern nach dem Auslaufen des Solidarpakts II und des bisherigen Ausgleichssystems ab dem Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro bezahlt. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass der Bund im Gegenzug mehr Kompetenzen fordert, um den Wirtschaftsstandort Deutschland durch mehr Investitionen zu stärken, zum Beispiel für den Straßenverkehr und die Digitalisierung.

Diese Vereinbarung schmerzt uns jedoch bezüglich der Kompetenz des Bundes für die Bundesfernstraßen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weise darauf hin, dass bezüglich der Bundesstraßen eine Optionsklausel vorgesehen ist. Jeder, auch die Bundesregierung selbst, sagt, dass es diese Veränderung nicht gebraucht hätte, wenn man sich nur Bayern betrachtet. Ich habe kürzlich an einem Treffen der Unions-Fraktionsvorsitzenden teilgenommen. Der Staatssekretär beim Bundesverkehrsministerium, der aus Schleswig-Holstein stammt, hat bei diesem Treffen gesagt: Das einzige Land, in dem der Bundesfernstraßenbau funktioniert, ist der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns über diese Änderung nicht. Wir müssen aber ganz klar sagen, wem sie geschuldet ist. In Deutschland gibt es Länder, die aus ideologischen Gründen über Jahre hinweg die Bundesfernstraßenmittel nicht abgerufen haben. So hat beispielsweise das Land Schleswig-Holstein, seitdem Rot-Grün regiert, nicht einen einzigen Kilometer Autobahn gebaut. Ich verstehe deshalb den Bund, dass er diese Kompetenzen an sich zieht. Schließlich hat es keinen Sinn, im Bundeshaushalt Mittel bereitzustellen, wenn in den Ländern keine Planungen erfolgen und diese Mittel nicht abgerufen werden. Rot-Grün ist dafür verantwortlich, dass diese Änderung notwendig geworden ist, nicht der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dass bei den Verhandlungen für Bayern dieser Milliardenbetrag erreicht werden konnte, ist alles andere als selbstverständlich; denn viele Länder haben aufgrund der Schuldenbremse, die den Ländern ab dem Jahr 2020 die Aufnahme von Schulden grundsätzlich untersagt, erhebliche Probleme. Länder wie das Saarland oder Bremen können von unserem Ziel des Schuldenabbaus bis zum

Jahr 2030 nur träumen. Ich begrüße es, dass der Bund im Stabilitätsrat mehr Kompetenzen bekommen hat, sodass das Finanzgebaren der Länder besser untersucht werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der SPD fällt nichts anderes ein, als diese Einigung zu kritisieren. Herr Kollege Güller hat kürzlich gesagt, diese Korrektur sei längst überfällig gewesen und hätte schneller kommen können. Ich frage Sie: Warum haben Sie denn keine neuen Vorschläge oder Ideen zu den Finanzbeziehungen eingebracht?

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben nicht zugehört! Die haben wir hier in den Landtag eingebracht!)

Ich habe von Ihnen in den ganzen Jahren nicht einen einzigen Vorschlag dazu gehört.

(Beifall bei der CSU)

Wo waren denn die Initiativen der bayerischen SPD im Bund oder in den SPD-regierten Ländern mit dem Ziel, für eine Entlastung Bayerns einzutreten? – Davon habe ich nichts bemerkt. Zumindest habe ich davon öffentlich nichts gehört.

(Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Der Kollege Güller fühlt sich offensichtlich persönlich angesprochen. Nicht? – Ach so. Das hört sich so an.

Die SPD weiß ja kaum mehr, ob sie jetzt für oder gegen diese Reform des Länderfinanzausgleichs sein soll.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Güller, es reicht mit den Zwischenrufen.

(Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Sie haben zuerst dazwischengequatscht.

Thomas Kreuzer (CSU): Bei Ihnen fehlt es nicht nur an Gestaltungskraft, sondern schon am Gestaltungswillen. Man muss lange suchen, bis man bei Ihnen eine klare Haltung zum Länderfinanzausgleich findet. Das habe ich jahrelang in diesem Hohen Hause erlebt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben nicht zugehört und nicht gelesen!)

Meine Damen und Herren, unser zweigleisiges Vorgehen mit der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat am Ende bewirkt, dass wir in konstruktive Verhandlungen eingetreten sind. Erst diese Klage hat unserem Verhandlungswunsch Nachdruck verliehen. Ich muss feststellen: Viele Länder haben mit dem bestehenden System sehr gut gelebt, und sie konnten damit auch sehr gut leben. Erst als das Risiko auftauchte, dass ein Gericht über den Länderfinanzausgleich entscheiden könnte, ist eine Verhandlungslösung möglich geworden; denn vor Gericht, gerade vor dem Bundesverfassungsgericht, und auf hoher See, weiß man nie genau, wie man hinterher dastehen wird. Deswegen konnten wir uns einigen. Meine Damen und Herren, mit der SPD und mit den GRÜNEN wären wir bei diesen Verhandlungen niemals so weit gekommen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sich in Ihren Anträgen, zum Beispiel dem Antrag vom 01.06.2016, vor allem Sorgen um die "hohen personellen und finanziellen Kosten" für den Freistaat in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gemacht, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der SPD)

und haben gefragt, ob sich der Aufwand für dieses Verfahren überhaupt lohne. Er hat sich gelohnt, meine Damen und Herren. Dies bedeutet ab 2020 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Dagegen sind die Verfahrenskosten verschwindend gering. Mit Ihrer Einstellung hätten Sie überhaupt nichts erreicht. – Frau Stamm von den GRÜNEN behauptet, dass sich die Klage als völlig sinnlos herausgestellt habe.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Was hat da so lange gedauert? Meine liebe Frau Stamm, ich kann Ihnen Folgendes sagen: Die Verhandlungen waren ausgesprochen schwierig.

(Florian von Brunn (SPD): Waren Sie dabei?)

Am Anfang der Verhandlungen war bei vielen Ländern überhaupt keine Verhandlungsbereitschaft gegeben, da ein Änderungsbedarf nicht erkannt worden ist.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Diese Verhandlungsbereitschaft musste geweckt werden. Frau Stamm hat uns bereits am 1. September 2015 eine Rücknahme unserer Klage empfohlen, weil sie sich Sorgen um das gute Gesprächsklima gemacht hat. Glauben Sie im Ernst, dass eine vorzeitige Rücknahme der Klage unsere Verhandlungsposition gestärkt hätte? – Nein, im Gegenteil. Wir wären dadurch massiv geschwächt worden, da wir keinen Plan B mehr gehabt hätten, wenn die Verhandlungen nicht zum Abschluss gekommen wären. Meine Damen und Herren, wir denken und handeln in erster Linie für die Interessen unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Dies kann ich bei Ihnen manchmal nicht erkennen, wenn sich parteipolitische Überlegungen nicht mit den Interessen des Landes decken. Ich wage die Prognose: Mit Frau Stamm als Verhandlungsführerin hätten wir höchstens eine deutliche Erhöhung unserer Zahlungen erreicht, aber keine Entlastung, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das zeigt sich schon daran, dass die bayerischen GRÜNEN im März 2015 den Vorschlag aus Baden-Württemberg zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen begrüßt haben. Der damalige Kompromissvorschlag hat zwei Dinge enthalten: Zum einen hätte er den Soli dauerhaft in die Einkommensteuer integriert. Wir wollen den Soli abschaffen. Sie wollten mit diesem Vorschlag zusammen mit den GRÜNEN in Baden-Württemberg die Leute dauerhaft belasten, meine Damen und Herren.

(Kerstin Schreyer (CSU): Ja, Wahnsinn!)

Das ist keine CSU-Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zum anderen hätte der Vorschlag Baden-Württembergs die Zahlungen Bayerns deutlich erhöht. Wer so etwas begrüßt, ist als Verhandlungsführer für Bayern nicht geeignet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden daran arbeiten, dass es auch in Zukunft nicht dazu kommt, dass die Verhandlungen von Ihnen oder von der SPD geführt werden.

(Margit Wild (SPD): Das bestimmt der Wähler!)

Deswegen begrüßen wir die von unserem Ministerpräsidenten ausgehandelte Einigung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Das ist ein weitreichender Verhandlungserfolg unseres Ministerpräsidenten. Es bleibt mehr von dem in Bayern, was in Bayern erwirtschaftet wird. Herr Ministerpräsident, dafür sagen wir Ihnen herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Stehende Ovationen!)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt ohne neue Schulden hat für uns auch in Zukunft oberste Priorität. Darüber hinaus setzen wir zusätzliche Einnahmenüberschüsse zur Schuldentilgung ein. Mit der nun dauerhaft erreichten Entlastung ab 2020 können wir unseren Schuldenabbau deutlich beschleunigen und konsequent an unserem Ziel weiterarbeiten, den Freistaat Bayern bis 2030 von seinen Schulden zu befreien. Wir haben hier – es gilt immer, die wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten – aufgrund dieser Entwicklung gute Chancen. Sie stellen dies in Zweifel, Herr Rinderspacher. Das sage ich Ihnen: Länder, in denen Sie regieren, haben überhaupt keine Chance, in absehbarer Zeit schuldenfrei zu werden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind wieder einen großen Schritt für unser Land vorangekommen. Das ist zukunftsorientierte Politik. Wir werden diese Politik fortsetzen. Wir werden dieses Land mit allem, was wir können, in eine gute und vernünftige Zukunft führen.

Wir bedanken uns auch bei den anderen Beteiligten, die dies möglich gemacht haben. Ich meine ausdrücklich auch die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und in der Bundesregierung. Natürlich fällt dem Bund eine solche Zahlung nicht leicht; aber es war meines Erachtens ein großer Schritt für das Land Bayern und für ganz Deutschland. Deswegen sage ich herzlichen Dank allen, die daran mitgewirkt haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin Stamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, anschließend auch der Kollege Halbleib. Bitte schön, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kreuzer, wir hatten im letzten Jahr vor Weihnachten eine Debatte. Damals haben wir schon betont, dass wir genau das, was sich abgezeichnet hat, nämlich diese Einigung, gut finden. Es ist schade, dass Sie das weglassen. Aber ich möchte es hier betonen. Es ist tatsächlich so – ich würde gerne ein wenig Sachlichkeit reinbringen –, dass das, was ausgehandelt wurde, unserem Konzept sehr ähnlich ist,

(Lachen bei der CSU)

das wir im Jahr 2010 hier im Landtag vorgelegt haben. Das wurde damals von dem damaligen Finanzminister Fahrenschon in Bausch und Bogen verdammt. Das ist nichts anderes als eine Neiddebatte und der Versuch, etwas wegzunehmen und den Ausgleich über die Umsatzsteuer zu machen. Das Gutachten von Frau Prof. Behnke haben wir gemeinsam mit anderen Bundesländern, unter anderem mit Baden-Württemberg, in Auftrag gegeben. Im Jahr 2012 fand hier im Landtag ein Fachgespräch

dazu statt. Auch Vertreter der Staatskanzlei waren dabei. Spätestens damals muss auch die Staatsregierung mitbekommen haben, was unsere Idee ist. Die Klage, die Sie in Karlsruhe eingereicht haben, enthält nicht einen Punkt von dem, was jetzt ausgehandelt wurde. Im Gegenteil: Sie haben keinen der Punkte, die darin enthalten sind, durchgesetzt, zum Beispiel die Herausnahme Berlins aus dem Länderfinanzausgleich.

(Hans Herold (CSU): 1,3 Milliarden!)

Das ist ein Beispiel. Nicht ein einziger Punkt der Klage ist hier durchgesetzt worden. Von wegen! Hören Sie auf mit der Mär, dass die Klage für dieses Verhandlungsergebnis etwas gebracht hätte! Das ist null Komma null sachlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): 1,3 Milliarden hat es gebracht!
Das ist nicht unerheblich!)

Thomas Kreuzer (CSU): Meine liebe Frau Stamm – –

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kreuzer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Es wird ja immer schlimmer, was Sie hier erzählen.

(Heiterkeit bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr sachlich!)

Ich sage Ihnen erstens, dass ich verstehe, dass Sie diese Einigung begrüßen. Die Einigung ist nämlich gut, meine Damen und Herren; aber sie ist von uns verhandelt worden.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Zweitens. Sie haben zusammen mit Baden-Württemberg einen Vorschlag unterstützt, der dazu geführt hätte, dass Bayern größere Zahlungen hätte leisten müssen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Das ist die Wahrheit. Das ist der Vorschlag, den Sie gemacht haben.

Drittens ist ein Verhandlungsergebnis etwas völlig anderes als eine Klage. Wir können doch nicht beim Bundesverfassungsgericht klagen, dass der Bund 9,5 Milliarden Euro mehr bezahlen soll, wie es jetzt zugesagt ist,

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) –
Markus Rinderspacher (SPD): Warum haben Sie es dann gemacht?)

sondern die Klage muss ganz anders aufgebaut werden. Das ist ja wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Eine Klage muss darauf abzielen, das bestehende Volumen anders zu verteilen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ein Verhandlungsergebnis kann darauf abzielen, 9,5 Milliarden Euro mehr zu bekommen. – Wer so argumentiert wie Sie, kennt den Unterschied zwischen einer Klage und einem Verhandlungsergebnis nicht, Frau Stamm.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Halbleib das Wort.

(Thomas Kreuzer (CSU): Legen Sie los, Herr Halbleib! Keine Angst!)

Volkmar Halbleib (SPD): Die Kollegen haben einen solchen Erwartungsdruck. Ich weiß gar nicht, was da bei der CSU-Fraktion los ist.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist meistens so, dass Sie das nicht wissen! – Heiterkeit bei der CSU)

Ich glaube, drei Punkte sind wichtig, Herr Kollege Kreuzer; deswegen habe ich gleich widersprochen. Ich finde das äußerst unanständig von Ihnen, uns Patriotismus abzusprechen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Die erste Fraktion, die den bisher geltenden Länderfinanzausgleich in diesem Haus kritisiert hat, war die SPD-Landtagsfraktion.

(Unruhe bei der CSU)

Es war damals der Kollege Dupper. Ich darf Ihnen ein Zitat vorlesen; er hat gesagt: Wir wollen eine Begrenzung für die bayerischen Leistungen. Damals war der Kollege Faltlhauser Finanzminister,

(Zuruf von der SPD)

der gesagt hat: Hier stehe ich nicht an Ihrer Seite. Wir wollen, dass der jetzt verhandelte Länderfinanzausgleich nach schwierigen Verhandlungen kommt. Wir wollen als Freistaat Bayern diese Beiträge zahlen. – Sie drehen die Verhältnisse völlig um.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie haben weder die Anträge dazu, die wir in diesem Haus gestellt haben, gelesen noch uns zugehört, sondern sie abgelehnt. Meine Frage in einer ähnlichen Konstellation an Sie war, was Ihr Konzept war. Ihre Antwort war: "Ich hab das im Kopf, aber ich sage Ihnen das jetzt nicht." Das war Ihr Beitrag zur Qualität des Länderfinanzausgleichs der Zukunft; nur, um mal die Verhältnisse klarzustellen.

Wir haben hier etwas erreicht. Ich glaube, der Herr Ministerpräsident hat ein paar Dinge deutlich gemacht. Es ist aber erst erreicht worden, als Bayern und die CSU bereit waren, mit den anderen Bundesländern vernünftig zu reden und deren Belange auch zu würdigen, eine Gesamtschau aller drei Elemente des Länderfinanzausgleichs anzustellen. Die CSU hat sich bisher immer nur auf die dritte Stufe des Länderfinanz-

ausgleichs bezogen; dabei gehört doch alles zusammen, weil das eben die Gesamtsumme des Länderfinanzausgleichs darstellt. Dann kam das Argument: Da sind doch die neuen Bundesländer, die Ostländer. – Herr Ministerpräsident, Sie nicken zustimmend. Bisher gab es das in dieser Debatte nicht; vielmehr haben Sie immer mit dem Finger auf Berlin gezeigt; jetzt haben wir das Ergebnis, dass Berlin mehr entlastet wird als Bayern. Natürlich, weil die Ostkonstellation – Berlin, Sachsen und andere Bundesländer – einfach so ist, wie sie ist. Die haben Sie bisher immer negiert; in den Verhandlungen haben Sie sie dann akzeptiert. Letztlich ist der Kompromiss zustande gekommen, weil Bayern endlich bereit war, auch die berechtigten Belange der anderen Bundesländer zu akzeptieren, und gesagt hat: Der Bund muss seinen Beitrag leisten, damit – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Und last, not least: Wir sprechen uns in 15 Jahren wieder;

(Zurufe von der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Redezeit!)

denn damals war das Argument das gleiche.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben Ihre Zeit überschritten.

(Das Mikrofon wird abgeschaltet – Volkmar Halbleib (SPD): Und das Entsprechende wird es auch in der Zukunft wieder geben. – Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer, Sie haben das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Halbleib, nach 2001, also zu dem Zeitpunkt, als dies ausgehandelt worden ist und als Faltlhauser dies gesagt hat, war es auch noch in Ordnung. Aber anschließend hat es sich auseinanderentwickelt, und dann musste man eben handeln.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Ihre Darstellung. Lesen Sie erst mal nach!)

Da habe ich von Ihnen nie große Unterstützung bekommen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie nicht lesen können!
Lesen Sie die Anträge nach; Sie haben sie abgelehnt!)

Und insofern sage ich: Man muss immer zu der entsprechenden Zeit an die Dinge herangehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha, jetzt plötzlich!)

2001 war ein Fortschritt erreicht, aber der ist eben inzwischen überkompensiert worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ende der 2000er-Jahre war das!)

Nie hat es daran gelegen, dass der Freistaat Bayern nicht verhandeln hätte wollen, dass er nicht gesprächsbereit gewesen wäre. Ich sage Ihnen noch mal: Es gab viele Länder, die – das ist auch verständlich – von dem jetzigen Länderfinanzausgleich massiv profitieren und keinen Gesprächsbedarf gesehen haben. Warum sollte Berlin Gesprächsbedarf sehen, um die Länderfinanzen anders zu verteilen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Die werden jetzt doch mehr entlastet!)

Nur durch diese Klage ist Bewegung in die Angelegenheit gekommen. Selbstverständlich haben wir zunächst einmal unsere Interessen vertreten, weil wir den anderen zutrauen, dass sie ihre Interessen selber vertreten. Ich gehe doch nicht in Verhandlungen und vertrete in erster Linie die Interessen ostdeutscher Länder oder die Interessen von Ländern wie Nordrhein-Westfalen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Berlin ist doch besser rausgekommen als Bayern!)

Dass man in den Verhandlungen natürlich zu einem Ausgleich der Interessen und zu einer Einigung kommt, ist selbstverständlich. Sie würden bei Verhandlungen anschei-

nend sagen: Wir haben in Bayern ein paar kleine Interessen, aber jetzt reden wir erst einmal über die Interessen aller anderen Länder.

(Volkmar Halbleib (SPD): Berlin ist doch besser rausgekommen!)

So führt man nicht Verhandlungen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CSU)

sondern man muss schon auch die Interessen der eigenen Bürger im Blick haben. Dann kommt es am Ende zu einer Einigung, mit der allen geholfen ist. – Allein diese Nervosität in der ersten Reihe! Schauen Sie doch, wie ruhig wir bei der Rede von Herrn Rinderspacher geblieben sind!

(Hans Herold (CSU): Genau! – Volkmar Halbleib (SPD): Wir waren die Ersten; da haben Sie noch unsere Anträge abgelehnt!)

Das waren ungefährliche Äußerungen. Und Sie regen sich dermaßen auf; ich glaube nicht, dass das angemessen ist. Schonen Sie lieber Ihr Nervenkostüm.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin Stamm, auch von unserer Fraktion herzlichen Glückwunsch zu beeindruckenden 40 Jahren in diesem Parlament. Bei 40 Jahren denkt man normalerweise an fernöstliche Diktatoren; Sie aber, Frau Stamm, haben nun 40 Jahre im Parlament hinter sich, getragen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Da kann man nur den Hut ziehen und Respekt zollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

"Die Arbeit und die Politik der Staatsregierung der letzten Jahre haben sich als erfolgreich erwiesen. ...

(Beifall bei der CSU)

Wir sind jetzt genau dort gelandet, wo wir hin wollten, nämlich bei mehr Wettbewerbsföderalismus."

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle stand "Beifall" im Protokoll; ich zitiere nämlich gerade aus der Rede von Ministerpräsident Edmund Stoiber vom 26. Juni 2001. Geschichte wiederholt sich.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Pohl, ich war der Einzige, der das verstanden hat!)

– Der zweite Beifall wird in diesem Protokoll leider fehlen. Im Übrigen hat die SPD-Fraktion damals die ebenfalls von der Bayerischen Staatsregierung im Jahr 1997 auf den Weg gebrachte Klage gegen den Länderfinanzausgleich gemeinsam mit Hessen – damals war Baden-Württemberg noch im Boot – als Irrweg bekämpft. Der einzige Unterschied, Herr Ministerpräsident, ist: Die damalige Staatsregierung hat die Klage durchgezogen und zum großen Teil gewonnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Noch so ein Sieg, und wir sind verloren!)

Sie werden die Klage leider zurückziehen, und jetzt komme ich zu der Bewertung des Ergebnisses, das Sie geliefert haben. Ja, Sie haben mich zitiert und gesagt, eine Milliarde wäre eine ordentliche Sache. Damit haben Sie nicht die Kommunalmilliarde gemeint, die ebenfalls eine wichtige und ordentliche Sache wäre. Sie haben aber eine kleine Differenzierung übersehen: Ich sprach nicht von der künftigen Regelung der Bund-Länder-Beziehungen, sondern ich habe vom Ergebnis der Klage gesprochen. Und da wäre es in der Tat ein erfreuliches Ergebnis gewesen, wenn wir rückwirkend

und bis 2019 um eine Milliarde entlastet worden wären. Ich habe vom bestehenden Vertrag gesprochen, nicht von der Zukunft.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt: Man kann nicht mit dem Kopf durch den Bundesrat. – Nachdem ich in meinem politischen Leben noch nie aktiv im Bundesrat war, kann ich das nicht beurteilen. Aber ich lege die Messlatte an Ihr Handeln an, die Ihre eigene Partei und Ihr eigener Finanzminister anlegen. Wenn ich das tue, bin ich fair; normalerweise müsste die Opposition noch einen drauflegen. Aber ich bin fair und orientiere mich an dem, was Staatsminister Söder gesagt hat. Der Herr Kollege Rinderspacher hat ihn zitiert: Wir zahlen doppelt so viel, wie eigentlich erforderlich und gerecht wäre. – Ich habe das übrigens in meiner Haushaltsrede letzte Woche auch genau so zitiert. Auch ich bin der Meinung: Wir sind 100 % über dem, was Bayern eigentlich fairerweise leisten müsste.

Und wenn der Finanzminister sagt, 2,7 Milliarden Euro zahlen wir zu viel, dann sind Sie genau 50 % unter seinen Erwartungen geblieben. 50 % ist gerade noch ausreichend am Rande zu mangelhaft, wenn ich hier mal mit der Leidenschaft und in der Diktion eines Schulpolitikers sprechen darf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist die Messlatte, die Sie selber angelegt haben. Im Übrigen: Wenn man eine Klage erhebt und behauptet, dass die Geschäftsgrundlage für den Länderfinanzausgleich entfallen ist, muss man sich zumindest daran messen lassen, was die Rechtsprechung für einen Wegfall der Geschäftsgrundlage vorsieht. Da gibt es keine allgemeingültigen Prozentzahlen, aber ungefähr bei einem Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel, also wenn man ein Drittel zu viel leisten muss, kann man von einer Äquivalenzstörung sprechen. Ich gehe von einem Drittel aus: 5,4 Milliarden durch drei, also 1,8 Milliarden, wären erforderlich gewesen, um von einem Erfolg der Klage zu sprechen. Wenn Sie nur das herausverhandeln, was dazu führt, dass der Länderfinanzausgleich nach Ihren Worten und in Ihrer Vorstellung verfassungsmäßig ist, dann

haben Sie nicht viel erreicht. Und deswegen meine ich – und das hatte ich vorhin angedeutet –: Zwei Milliarden wären die Messlatte gewesen, an der Sie sich hätten messen lassen müssen. Dann hätten wir Sie gelobt und gesagt: Ja, das war erfolgreich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alfred Sauter (CSU): Und, was hätte das geholfen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage nochmals: Diese zwei Milliarden Euro wären eine substantielle Entlastung für unseren bayerischen Haushalt. Wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, haben Ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützt.

Wir haben mit Ihnen diese Klage für sinnvoll gehalten. Was aber ist das Ergebnis dieser Klage? – Sie wird zurückgezogen. Bis 2019 bleibt alles so, wie es ist.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Kollege Kreuzer, Sie sagen, vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Das mag sein, schlechter hätte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts allerdings definitiv nicht ausfallen können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Oh doch! – Unruhe bei der CSU und der SPD)

Bis 2019 zahlen wir nämlich genau das, was in der damaligen Verhandlung festgesetzt wurde. Jetzt stellt sich die Frage, wo da bayerische Interessen vertreten sind. Verstehen Sie uns nicht falsch: Wir sehen selbstverständlich auch die notwendige Solidarität der Bundesländer. Es ist richtig, als Bundesstaat müssen wir innerhalb der Länder Solidarität üben. Wenn Sie aber die neuen Bundesländer hervorheben, dann möchte ich schon einmal sagen, wer in den letzten 20 Jahren wie viel Geld bekommen hat: Brandenburg 10 Milliarden Euro, Mecklenburg-Vorpommern 8 Milliarden Euro, Sachsen 19 Milliarden Euro, Sachsen-Anhalt 11 Milliarden Euro, Thüringen 11 Milliarden Euro und Berlin 52 Milliarden Euro. Setzen Sie nun bitte nicht Berlin mit Mecklenburg-Vorpommern oder der Lausitz gleich. Sonst wird es da tatsächlich schräg. Bremen hat in diesem Zeitraum übrigens 9 Milliarden Euro bekommen und Hamburg

5 Milliarden Euro gezahlt. So viel zum Thema Stadtstaaten. Es geht also auch anders, als es Berlin gemacht hat. Ich unterstreiche deshalb durchaus Ihre Kritik daran, dass Berlin seine Haushalte nicht in Ordnung gebracht hat und über seine Verhältnisse lebt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat damit nichts zu tun!)

Ist das aber durch den jetzigen Länderfinanzausgleich konterkariert? Ist jetzt ein anderer Weg vorgegeben? – Herr Kollege Rinderspacher zitierte zu Recht: Bayern 106 Euro pro Einwohner, Berlin 142 Euro pro Einwohner und Mecklenburg-Vorpommern 229 Euro pro Kopf. Für Mecklenburg-Vorpommern zahlen wir gerne, weil dieses Land klar strukturell benachteiligt ist und Schwierigkeiten hat. Wir können auch in die Lausitz gehen, in viele Teile der neuen Bundesländer, aber ausgerechnet Berlin? – Das können wir so nicht akzeptieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, in Bayern würde ein Ausgleich so funktionieren, dass die Regionen, die Regierungsbezirke, die Landeshauptstadt München alimentieren.

(Markus Rinderspacher (SPD): In Bayern ist es umgekehrt, wie Sie wissen, Herr Kollege!)

Jeder von uns würde dann zu Recht den Kopf schütteln und sagen: Nein, so geht es nicht. Eine Metropole wie Berlin muss aus eigener Kraft selbstständig lebensfähig sein. Eine Metropole wie Berlin muss auf die anderen Regionen ausstrahlen. Eigentlich müsste man sogar erwarten, dass Berlin so stark ist, dass es benachteiligte Regionen mitnimmt und nicht umgekehrt. Wir sagen deshalb auch an diesem Punkt: Was hier als Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt, ist unbefriedigend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität ist wichtig, auch im eigenen Interesse. Wir müssen aber auch darauf achten, dass bayerische Interessen vertreten werden und dass die Stärke Bayerns angemessen abgebildet wird. Ich bin gespannt, wie lange es dauert, bis neue Tränen über den Länderfinanzausgleich vergossen werden, und zwar

insbesondere vonseiten der CSU. Sie haben eine hervorragende PR-Abteilung, das habe ich neulich schon gesagt. Sie lassen sich für ein Ergebnis feiern, das Sie Jahre später in Bausch und Bogen verdammen. Ich bin gespannt, wie lange es diesmal dauert, bis die ersten Klagen über den ungerechten und rechtswidrigen Länderfinanzausgleich kommen. Ich bin gespannt, ob Sie, Herr Ministerpräsident, oder ein Nachfolger dann eine weitere Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Wenn man davon ausgeht, dass das nur alle 15 Jahre passiert, dann werden Sie das wahrscheinlich nicht mehr sein.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sie auch nicht! – Heiterkeit bei der SPD)

So weit meine Prognose.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Täuschen Sie sich nicht!)

Doch selbst da heben Sie den Finger. Der Finanzminister wendet sich gerade mit Grausen ab, wenn ich diese Geste richtig deute.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ein Länderfinanzausgleich ist aber etwas, was wir für einen langen Zeitraum verhandeln, nicht nur für ein paar Jahre. Da muss für Bayern einfach mehr herauskommen. Wie sagte Edmund Stoiber? – "Der 23. Juni 2001 wird sicherlich ein bestimmendes Datum in der Geschichte des deutschen Föderalismus sein."

(Lachen bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, er hat noch etwas gesagt, was in die heutige Debatte passt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war echter Patriotismus, damals!)

Er sagte in Richtung von Finanzminister Eichel: Ab 2006 sollte der Soli abgebaut werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt Ihnen das nicht bekannt vor?

(Markus Rinderspacher (SPD): Doch!)

Alle Jahre wieder: The same procedure as every year.

Dann aber kommt noch klammheimlich in den Länderfinanzausgleich etwas hinein, was da eigentlich gar nicht hineingehört. Da kommt nämlich plötzlich die Vorbereitung der Autobahnprivatisierung, die Verlagerung der Kompetenzen für den Fernstraßenbau auf den Bund. Da sagt man nun, das ist die Kröte, die man nun einmal schlucken muss, weil gewisse Bundesländer nicht in der Lage sind, den Autobahnbau vernünftig zu regeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hier in Bayern haben gut davon profitiert, dass andere ihre Mittel nicht abgerufen haben. Über 100 Millionen Euro haben wir jedes Jahr zusätzlich bekommen. Im Haushaltsausschuss haben wir sogar beschlossen, dass wir das vorfinanzieren, damit wir auf jeden Fall mehr verbauen können, als uns eigentlich zusteht. Das wird der Vergangenheit angehören. Das heißt, was unsere Infrastruktur anbelangt, fahren wir künftig schlechter. Das ist eine bittere Kröte, die wir hier schlucken sollen. Ich kann nicht verstehen, warum wir uns auch das noch aufgelastet haben. Ich bin der Meinung, gerade der Freistaat Bayern als ein Flächenland muss darauf achten, dass die Verkehrsinfrastruktur als ein wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung in bestem Zustand ist. Deshalb müssen wir möglichst viel Geld vom Bund abgreifen, um es hier verbauen zu können. Das haben wir jetzt, durch diesen Kompromiss, leider aus der Hand gegeben. Auch das ist absolut unbefriedigend und kein schönes Ergebnis für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das Ergebnis bleibt deutlich hinter dem zurück, was Ihre Staatsregierung, was die CSU-Fraktion, was die Mehrheit in diesem Hause erwartet hat. Es ist deshalb kein Tag der Freude und auch kein Anlass, sich auf die Schulter zu klopfen. Das hat nichts mit Nörgeln zu tun. Wir hätten die Klage gerne gemeinsam mit Ihnen bis zum Ende weiterverfolgt. Mehr als nichts kann hier nicht herauskommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Enttäuschte Liebe, Herr Pohl!)

– Um Liebe geht es hier nicht, Kollege Halbleib. Es geht um die Interessen des Freistaats Bayern,

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind wir beieinander!)

und diese haben die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion nicht optimal vertreten. Die FREIEN WÄHLER sind mit dem Ergebnis unzufrieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich jetzt Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Seehofer! Was für eine Schauveranstaltung war denn das gerade, was war das gerade für eine Selbstbeweihräucherung? – Sie haben sich hier hingestellt und haben sich selbst für die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gelobt, die Sie seit Jahren blockiert haben. Sie sind nicht der Motor der Reform. Sie sind nicht der Motor, Sie sind der Blockierer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt sich mit den Kolleginnen und Kollegen zusammzusetzen, sich an einen Tisch zu setzen, zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen, haben Sie gepoltert, geklagt und geschimpft. Das war Ihr Beitrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh über die Lösung, die man gefunden hat und die übrigens von unserer Fraktion bereits vor Jahren in die Debatte eingebracht worden ist. Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und das als Heldengeschichte verkaufen, schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Gute CSU-Tradition!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mehr ist dazu wirklich nicht zu sagen. Bei Ihrer Blenderei hier im Hohen Haus fehlen mir echt die Worte.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Gülller das Wort erteilen. – Er ist aber nicht da, wie ich sehe. Er hat damit wohl nicht gerechnet. Aber es tut mir leid, ich muss die Wortmeldung für erledigt erklären, es sei denn, jemand von der SPD-Fraktion übernimmt.

– Im letzten Moment noch, Herr Kollege. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Man muss die Zeit ja ausnützen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank für die Nachsicht zum 40-jährigen Jubiläum!)

Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir oder vielleicht unsere Nachfolger in 10 oder 15 Jahren in diesem Haus debattieren, ist eine Frage der Zukunft, und da sind objektive Prognosen schwierig. Allerdings sprechen eine gewisse Tradition und der Verlauf der Debatte in den letzten 15 Jahren schon dafür, dass das Risiko, dass die Geschichte ähnlich ausgeht wie dieses Mal, ziemlich hoch ist, würde ich sagen.

Herr Kreuzer hat nichts anderes getan, als zu versuchen, auf unserer Seite fehlenden Patriotismus zu beklagen. Ich habe schon mehrmals deutlich gemacht, dass wir die Ersten waren, die den Finanzausgleich, den Sie mit beschlossen, unterschrieben und mit Verve vertreten haben, hier im Hause kritisiert haben. Wir waren auch die Ersten hier im Bayerischen Landtag, die Anträge mit konkreten Forderungen eingereicht haben, den Länderfinanzausgleich zu reformieren. Damals war es die CSU-Fraktion,

die die Anträge abgelehnt hat. Wenn Herr Kreuzer heute mit seiner Polemik versucht, das Gegenteil zu behaupten,

(Zurufe von der CSU)

hört man und staunt man. Ich finde, zu einer solchen Stunde gehört auch die politische Redlichkeit. Faltlhauser hat wie viele andere den Länderfinanzausgleich ausgehandelt und hier im Haus bejubelt und verteidigt. Später haben Sie gegen ihn polemisiert, als das in die politische Konzeption passte. Wir haben rechtzeitig erkannt, dass der Länderfinanzausgleich reformiert werden muss. Deswegen besteht heute Anlass, das anzuerkennen, was wir bisher dazu gesagt haben. In der Geschichte war es eben so, dass Sie den Länderfinanzausgleich bejubelt und dann als verfassungswidrig bezeichnet haben. Das ist die Wahrheit über den Länderfinanzausgleich, der noch bis 2019 Gültigkeit hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist schon auch Zeit, einmal zuzugestehen – ich habe das in der Zwischenbemerkung schon deutlich gemacht –, dass die Frage nach den berechtigten Länderinteressen von Bayern leider sehr spät gestellt worden ist. Als das dann der Fall war, hat man sehr schnell zwischen den 16 Bundesländern einen gemeinsamen Nenner gefunden, was nicht besagt, dass die Lösung einfach war. Am schwierigsten war es mit dem Bund. Ich kenne die Kollegen der CDU/CSU-Fraktion genauso wie die Kollegen meiner Fraktion, die da massive Bedenken hatten und diese auch deutlich geäußert haben.

Es war dann ein Stück weit ein Erfolg der Länder, den Konsens durchzusetzen. Das muss in dieser Stunde auch gesagt sein. Es war ein Erfolg der 16 Bundesländer, den Konsens durchzusetzen. Man hat den Konsens dann erreicht, als auch die CSU und die Bayerische Staatsregierung bereit waren, mehr als Stammtischparolen und mehr als Fingerzeige in Richtung Berlin, nämlich die berechtigten ökonomischen und finanziellen Interessen aller Bundesländer, in die Debatte einzubringen. Dann ist es auch

zu einem Abschluss gekommen. Dies war in diesem Hohen Hause wie auch in den Bierzelten im Freistaat Bayern nicht der Fall gewesen. Deswegen lautet unser Vorwurf, wir hätten die Lösung schon viel früher bekommen können, wenn wir die Länderinteressen rechtzeitig mit einbezogen hätten. Immer nur auf andere zu zeigen, war einfach der falsche Weg. Eine Lösung gibt es nur gemeinschaftlich, und das zeigt auch der Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, wie lange ich dem Hohen Haus angehören werde. Meine feste Prognose ist, dass spätestens in fünf bis sieben Jahren die ersten Kollegen der CSU anfangen werden, über den jetzt gefundenen Kompromiss zu lästern – zunächst hinter vorgehaltener Hand, dann in diesem Hohen Hause und schließlich in den Bierzelten dieses wunderbaren Freistaats. Ich will das nur zu Protokoll geben, weil ich oder meine Nachfolger in sieben oder spätestens fünfzehn Jahren die Möglichkeit haben werden, Ihnen das vorzuhalten. Es macht immer wieder Freude, Ihnen Ihre früheren Aussagen vorzuhalten. Das macht zugegebenermaßen ein politisches Vergnügen. Es ist aber auch, glaube ich, bei diesem Thema der Redlichkeit geschuldet.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Freller das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Schlagzeile der "Augsburger Allgemeinen" von gestern bringt es auf den Punkt: Bayern spart Milliarden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier nicht um 1,3 Milliarden Euro in einem Jahr, es geht um etliche Jahre, die folgen und in denen wir Milliarden sparen werden, um damit bis 2030 schuldenfrei zu werden. Hier wurde ein Riesenerfolg erreicht, und mich ärgert, was hier von der Opposition gebracht worden ist. Herr Halbleib, Sie sind nicht so lang im Parlament wie ich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das gebe ich zu!)

Ich habe die Diskussion über den Finanzausgleich über viele Jahre miterlebt und habe leider erfahren müssen, dass die Solidarität Ihrer Partei mit Ihren Parteigenossen in anderen Bundesländern größer war als die Solidarität mit dem eigenen Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören!)

Wir müssen doch klar erkennen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Länderfinanzausgleich, der sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und immer wieder verändert wurde, letztlich dadurch entstanden ist, dass man zunächst einen durchaus gesunden Ausgleich zwischen den reicheren und den schwächeren Ländern Deutschlands wollte. Dies hat dazu geführt, dass Bayern ganz am Anfang ein Nehmerland war. Damals haben wir 3,4 Milliarden Euro erhalten. In der Zwischenzeit aber haben wir 56,7 Milliarden Euro für andere Länder einbezahlt. Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem die Bevölkerung sagt: So kann es nicht weitergehen. – Die CSU-Fraktion, der Ministerpräsident und der Finanzminister haben nun mit aller Kraft darauf hingewirkt, dass sich dies ändert. Wir sind froh über die erreichte Änderung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich war letzte Woche in Nürnberg. Markus Söder hat dort eine exzellente Rede beim Verband Druck und Medien Bayern gehalten. Ich saß unter den Unternehmern, die vor allem eines gesagt haben: Es kann nicht angehen, dass das, was wir an Mehr erarbeiten, anderswo mehr oder weniger leichtfertig ausgegeben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen das System in Zukunft umstellen. Ich halte das, was gemacht wird, für außerordentlich sinnvoll und gut, nämlich den Ausgleich über die Umsatzsteuer zu regeln. Dies bringt meines Erachtens mehr Gerechtigkeit. Vor allem schafft es eines, was für uns ungemein wichtig ist: eine Deckelung. Über 63 % hinaus kann nicht mehr abgeschöpft werden. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert, weil sich jetzt die Fähigkeiten und die positiven Seiten Bayerns wieder in einem höheren Verbleib von Steuereinnahmen niederschlagen.

Dass wir dies geschafft haben – auch das möchte ich sagen –, ist für Bayern ein ganz großes Lob.

Die CSU-Fraktion hat letzte Woche ihr 70-jähriges Jubiläum gefeiert. In dieser Zeit haben die Fraktion, die Staatsregierung und alle, die Verantwortung für Bayern tragen, aus einem schwachen Agrarland das beste Industrieland Deutschlands gemacht. Es ist durchaus erwähnenswert, dass der Länderfinanzausgleich in aller Deutlichkeit sagt, wie gut es Bayern durch diese Regierung, durch diese Fraktion über Jahrzehnte hinweg gegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin fest davon überzeugt: Sollte die SPD irgendwann einmal, vielleicht im Jahr 2090, an die Regierung kommen, so wird der erste und größte Erfolg von Ihnen sein, dass wir dann nach zwei Jahren ein Nehmerland sein werden. Das ist mein Eindruck, wenn ich die ganze Debatte verfolge; denn Sie hätten dies nie und nimmer zuwege gebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich habe mich gerade über die Nörgelei geärgert. Wenn ich lese, wie anderswo gelobt wird und auch von den anderen Ministerpräsidenten gelobt worden ist, dass man eine einvernehmliche und vernünftige Lösung gefunden hat, und wenn ich lese, was Herr Kretschmann positiv dazu geäußert hat, dann wundert es mich, dass die GRÜNEN in Bayern offenkundig überhaupt nicht mehr nachvollziehen wollen, was für dieses Land alles positiv gelaufen ist. Auch Olaf Scholz hat das Ganze für sinnvoll und gut befunden. Herr Halbleib, es wäre gut, wenn Sie vielleicht auch Ihre eigenen Ministerpräsidenten in den Ländern ein bisschen ernster nehmen würden.

Herr Pohl, auch zu den FREIEN WÄHLERN möchte ich noch etwas sagen. Seien Sie mir nicht böse, aber bei Ihnen fällt mir zurzeit immer nur der Ringelnetz-Spruch ein: Die Badewanne prahlte sehr, sie hielt sich für das Mittelmeer. – Sie nehmen sich bei diesem Thema dermaßen wichtig, sind in keinem anderen Land vertreten, haben

keine Ahnung, was sonst deutschlandweit läuft, und glauben, hier Ratschläge geben zu müssen. Sie machen mich zwar nicht aggressiv, aber ich muss sagen: Damit liegen Sie total daneben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende zeigt sich, dass dies ein gutes Wochenende war. Wir können uns nicht nur darüber freuen, dass unsere Barbara Stamm dem Landtag 40 Jahre angehört, sondern es ist dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und allen, die guten Willens waren, auch gelungen, einen vernünftigen Länderfinanzausgleich für Bayern fortzuschreiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt. Noch einmal ein Dank an den Ministerpräsidenten!